



Standard Eurobarometer 76

**DIE ÖFFENTLICHE MEINUNG IN DER EUROPÄISCHEN UNION
Herbst 2011**

NATIONALER BERICHT

DEUTSCHLAND

Durchgeführt im Auftrag der Europäischen Kommission, Generaldirektion Kommunikation und auch von dieser koordiniert.

Dieser Bericht wurde für die Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland verfasst.

Dieses Dokument repräsentiert nicht die Sichtweise der Europäischen Kommission.
Die darin enthaltenen Interpretationen und Ansichten sind ausschließlich die der Autoren.

Standard Eurobarometer 76 / Herbst 2011 – TNS Opinion & Social

Inhalt

1. Einleitung.....	3
2. Europa 2020	3
3. Schwerpunktsetzungen heute	5
4. Bewegt sich die EU in die richtige Richtung?	8
5. Informationen über die EU	9

1. Einleitung

Auch im Januar 2012 dauert die Eurokrise an. Über die ‚Europäer und die Krise‘ wurde schon in einer separaten Veröffentlichung kurz vor Weihnachten 2011 berichtet.¹ Der vorliegende Eurobarometer 76 legt den Schwerpunkt dagegen auf die Initiativen der Europäischen Union, die in der Agenda ‚Europa 2020‘ zusammengefasst sind und darüber hinaus darauf, wie die Europäer sich über die Europäische Union, ihre Institutionen und ihre Politik informieren und welche Rolle dabei neue Formate wie z.B. soziale Netzwerke im Internet spielen.

Die Befragungen zum Eurobarometer 76 wurden zwischen dem 5. und 20. November 2011 in den 27 Mitgliedstaaten der EU, den fünf Kandidatenländern Kroatien, Türkei, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Island und Montenegro sowie der türkisch-zyprischen Gemeinschaft durchgeführt.

2. Europa 2020

Zur Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Europäische Union neben direkten finanziellen Maßnahmen wie dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) auch strukturelle Initiativen beschlossen, die die EU für die nähere Zukunft stärker und krisensicherer machen sollen. Diese Initiativen wurden unter dem Titel ‚Europa 2020‘ zusammengefasst. Im vorliegenden Bericht wurden die europäischen Bürger gebeten, einzelne dieser Ziele zu bewerten.²

66% (+/-0 Pp) der Deutschen und 60% (+/-0 Pp) der Europäer halten eine stärkere **Förderung von Forschung und Entwicklung** und die Umsetzung von Erfindungen in Produkte für wichtig, um die Wirtschaft der EU zu stärken. Das Ziel der EU, dafür 3% der jährlichen europäischen Wirtschaftsleistung einzusetzen, halten 54% (-5 Pp) der Deutschen und 55% (-1 Pp) der Europäer für richtig.

Der Schlüssel für den Erhalt und die Verbesserung hochqualitativer Forschung und Entwicklung innerhalb der EU ist für 84% (+3 Pp) der Deutschen und 70% (+/-0 Pp) der Europäer **gute Bildung**. Bis 2020, so die Absicht der Europäischen Union, sollen nicht mehr als 10% aller jungen Leute ohne Abschluss die Schule verlassen. Dieses Ziel halten 43% (+2 Pp) der Deutschen für angemessen und erreichbar, während immerhin 37% (-3 Pp) es für zu nicht ambitioniert genug halten. Europaweit glauben 50% (-1 Pp) der Befragten, dass dieses Ziel erreichbar ist. 27% (+/-0 Pp) der Europäer wünschen sich mehr Ehrgeiz.

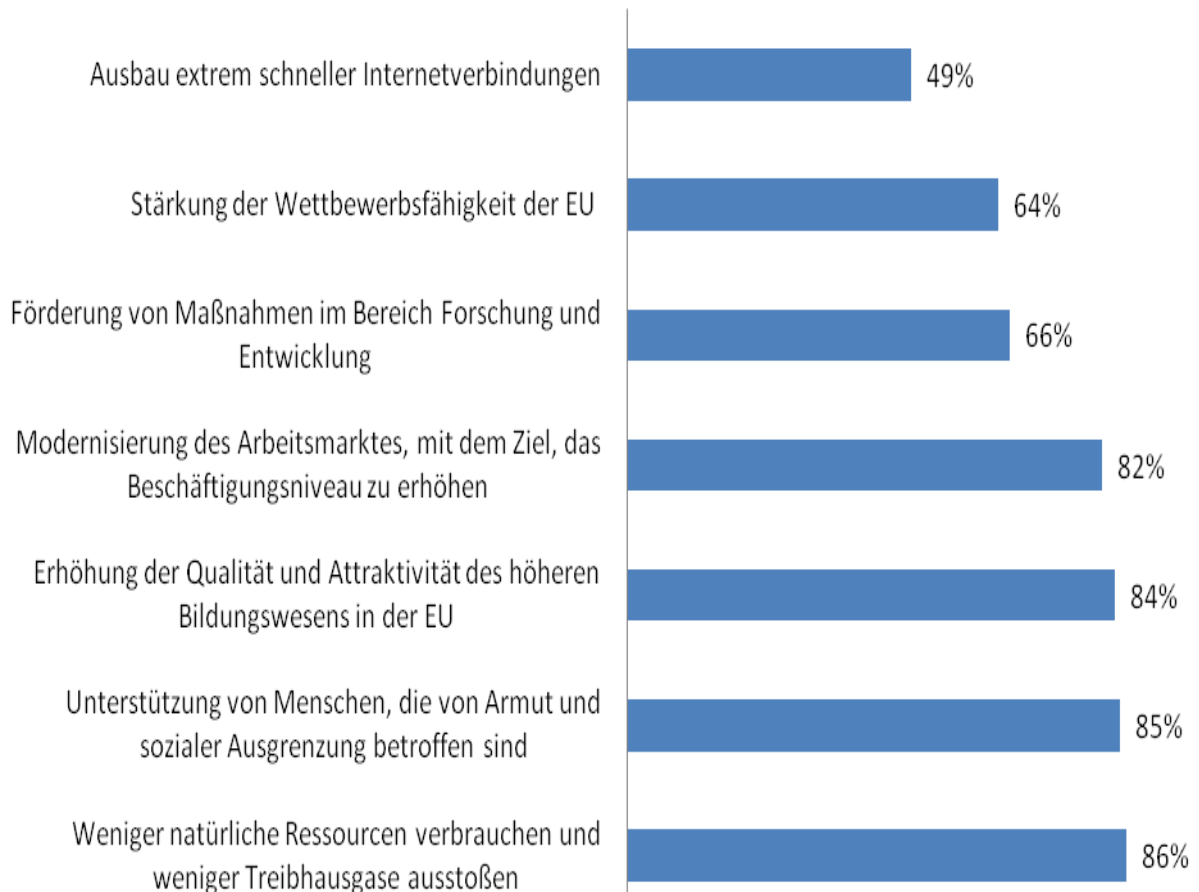
Starke Unterschiede in der Bewertung treten auf, wenn nach den **formalen Zielen der Ausbildung** gefragt wird – was vor allem an den unterschiedlichen Ausbildungstraditionen in den einzelnen Ländern in Europa liegt. Während zum Beispiel 55% (-3 Pp) der Deutschen es für zu hoch gegriffen halten, das wenigstens 40% aller jungen Menschen eines Jahrgangs ein Diplom oder einen ähnlichen Abschluss machen sollten, halten dies europaweit 48% (-2 Pp) der Befragten für durchaus machbar.

¹ First Results on December 22, 2011. Report : http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb76/eb76_en.htm

² Die Trendergebnisse dieser Frage beziehen sich auf den Standard Eurobarometer 75 (EB75) vom August 2011, abzurufen unter: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb75/eb75_fact_de_en.pdf

Das **Internet** ist heute unverzichtbarer Bestandteil von Wirtschaft und Gesellschaft der EU. 49% (+/-0 Pp) der Deutschen und Europäer (49%, +1 Pp) halten einen weiteren Ausbau schneller Breitbandnetze sowie eine generelle Fortentwicklung der Internetwirtschaft für eine wichtige Initiative zur Stärkung der Wirtschaft der EU.

Bewertung von Initiativen im Rahmen von EU2020/Deutschland (QB1)
...sehr wichtig



Wesentlich bedeutender aber ist für die befragten Deutschen (86%, +2 Pp) und Europäer (75%, -1 Pp) das Ziel, eine europäische Wirtschaft aufzubauen, die **weniger CO2 produziert und emittiert und ganz allgemein weniger natürliche Ressourcen verbraucht**. 48% (-1 Pp) der Deutschen und 53% (-1 Pp) der Europäer halten das Ziel der EU, bis 2020 20% an CO2 einzusparen, für angemessen. Immerhin jeder vierte Deutschen (26%, +1 Pp) und 19% (+1 Pp) der Europäer wünschen sich in diesem Punkt größere Anstrengungen.

Den Anteil an erneuerbaren Energien auf 20% im Jahr 2020 zu erhöhen, halten 54% (+3 Pp) der Deutschen für angemessen. Nach dem deutschen Ausstieg aus der Atomenergie ist man diesem Ziel in Deutschland allerdings schon sehr nahe gekommen. In Europa bekennen sich 57% (+/-0 Pp) zu diesem Ziel.

Eines der wirksamsten Mittel, CO₂ zu sparen, ist die Erhöhung der **Energieeffizienz**. Auch hier will die EU bis 2020 um 20% besser werden. 59% (+5 Pp) der Deutschen und 60% (+/-0 Pp) der Europäer halten das für ein gutes Ziel.

Ganz generell glauben 64% (+/-0 Pp) der Deutschen und 69% (+1 Pp) der Europäer, dass der europäischen Wirtschaft und ihrer industriellen Basis **Maßnahmen zur Stärkung des Unternehmertums** und zur Entwicklung neuer Fähigkeiten gut tun würden.

82% (+/-0 Pp) der Deutschen und 78% (-1 Pp) der Europäer glauben, dass die Beschäftigungsquote noch höher sein könnte und unterstützen deshalb das Ziel der EU, die **Arbeitsmärkte zu modernisieren**, um mehr Menschen Arbeit zu verschaffen. 58% (-1 Pp) der Deutschen und 60% (-1 Pp) der Europäer halten das Ziel, drei Viertel aller Menschen zwischen 20 und 64 in Arbeit zu bringen für angemessen.

Gleichzeitig sind große Mehrheiten von Deutschen (85%, +7 Pp) und Europäern (79%, +/-0 Pp) dafür, **Arbeitslose und Arme zu unterstützen** und ihnen eine Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen. Das Ziel der EU, die Anzahl der Menschen, die unterhalb der Armutsgrenze leben müssen, europaweit um ein Viertel zu reduzieren, halten 43% (-3 Pp) der Deutschen und 49% (-1 Pp) der Europäer für machbar und richtig.

3. Schwerpunktsetzungen heute

Die Bürger wurden ebenfalls nach einer Bewertung der gegenwärtigen Schwerpunktsetzung der EU gefragt. Dabei ging es um Themen wie **Innovation, junge Bürger, das Internet, die Energie- und Industriepolitik, berufliche Qualifikation sowie die Bekämpfung von Diskriminierung von Minderheiten** und anderen benachteiligten Gruppen. Auf den meisten dieser Felder hat die EU Mittel und Instrumente, manche kann sie durch flankierende Maßnahmen beeinflussen.³

Die EU und ...

...Innovation:

Die Verbesserung von Produkten, Prozessen und generell neue Forschungsergebnisse werden gerne unter dem Stichwort Innovation zusammengefasst. Generell lässt sich Innovation nur schwer direkt steuern – viel hängt von individuellen Fähigkeiten und auch von zufälligen Entdeckungen ab. Ein Ansatz der Europäischen Union, Innovationen zu fördern, trägt dieser Einsicht Rechnung und ist vor allem darauf ausgerichtet, die Umfeldler entsprechend zu gestalten. Dazu gehört u.a. die **Konzentration auf ein übergreifendes Forschungs- und Entwicklungsthema wie z.B. den Klimawandel, sowie Ressourcen- und Energieeffizienz** zu fördern. Solch einen Ansatz halten 51% (-3 Pp) der Deutschen, allerdings nur 38% (-2 Pp) der Europäer für richtig. Am

³ Die Trendergebnisse dieser Frage beziehen sich auf den Standard Eurobarometer 75 (EB75) vom August 2011, abzurufen unter: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb75/eb75_fact_de_en.pdf

wenigsten Unterstützung einer solchen Vorgehensweise findet sich in Portugal (31%, +1 Pp), Italien (31%, -2 Pp), Rumänien (29%, -4 Pp), und Spanien (25%, -4 p). 23% (+2 Pp) der Deutschen und 27% (+2 Pp) der Europäer halten die **Förderung engerer Kooperationen unter Forschern** für die beste Methode, Innovation zu fördern.

21% (+/-0 Pp) der Deutschen und 28% (+/-0 Pp) der Europäer waren der Meinung, **Forschung müsse besser bezahlt** werden, um mehr Innovationen zu erreichen.

...die jungen Bürger:

In den Standard-Eurobarometerumfragen war traditionell die Reisefreiheit als eine der größten Errungenschaften der Europäischen Union genannt worden. In der heutigen Situation glauben allerdings nur sehr wenige Deutsche (7%, +/-0 Pp) und Europäer 11% (+/-0 Pp), dass es ein Hauptanliegen der EU sein sollte, junge Leute dazu zu ermutigen, in einem anderen Land zu studieren. Der Schwerpunkt der Europäischen Union, wenn es um junge Leute geht, sollte nach Ansicht von 51% (-2 Pp) der Deutschen und 51% (+/-0 Pp) der Europäer, in der Aufgabe liegen, ihnen **Arbeit zu verschaffen**.

40% (+1 Pp) der Deutschen und 35% (-1 Pp) der Europäer meinen, dass die EU dafür sorgen sollte, die **allgemeine Bildungsqualität auf allen Bildungstufen zu erhöhen**. Vor allem Letten (59%, +4 Pp), Niederländer (54%, -3 Pp) und Luxemburger (46%, -4 Pp) halten dies für die wichtigste Aufgabe.

...das Internet:

Was sollen die Schwerpunkte der Internetstrategie der Europäischen Union sein? Wie die Antwort auf diese Frage ausfällt, hängt nicht unwesentlich vom jeweiligen lokalen Entwicklungsstand ab. So wollen europaweit die meisten der Befragten 33% (-2 Pp), dass die Europäische Union für alle Bürger einen **Breitbandanschluss bereitstellt**. In Deutschland ist dies zwar auch für immerhin 30% (-5 Pp) der Befragten die oberste Priorität, noch mehr Deutsche aber verlangen Maßnahmen zur **Verbesserung des Konsumentenvertrauens in Onlinedienste und -geschäfte** (35%, +2 Pp). Vor allem die befragten Deutschen, die jünger als 25 Jahre alt waren, legen darauf Wert. Europaweit sehen dies nur 25% (+/-0 Pp) als Priorität.

Die Entwicklung spezieller Internetdienste für die Bürger (z.B. E-Government, E-Gesundheit) sollte nach Meinung der befragten Deutschen (13%, -1 Pp) keine Priorität der Europäischen Union sein. Europaweit wollen 23% (+/-0 Pp) der Befragten, dass die EU sich vor allem um solche Dienste kümmert.

...die Energiepolitik:

Die Reaktorkatastrophe im japanischen Fukushima hat in Deutschland zu einer zuvor nicht vorstellbaren Kehrtwende in der Energiepolitik geführt. Die Entscheidung, die deutschen Kernkraftwerke abzuschalten, hat die erneuerbaren Energien hierzulande mit einem Schlag auf den zweiten Platz in der Energiebilanz katapultiert.⁴ Auch in der Energiepolitik der Europäischen Union wollen die befragten Deutschen (55%, -2 Pp) vor allem, dass die EU die **erneuerbaren Energien fördert**. Europaweit sieht das immerhin eine relative Mehrheit von 40% (+1 Pp) genauso. Allerdings teilen nur 23%

⁴ Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Webseite: <http://www.erneuerbare-energien.de/inhalt/48231/4590/>, abgerufen am 23.01.2012

(-5 Pp) der Bewohner Maltas, 26% (-1 Pp) der Bulgaren, 26% (+1 Pp) der Rumänen, 28% (-4 Pp) der Tschechen, 28% (-3 Pp) der Iren und 28% (+/-0 Pp) der Letten den deutschen Enthusiasmus für die erneuerbaren Energien.

Für 21% (-4 Pp) der Deutschen und 32% (+/-0 Pp) der Europäer wäre die beste Politik, **finanzielle Unterstützung für Kleinunternehmen und Haushalte bereitzustellen, um deren Energieverbrauch effizienter zu machen.**

20% (+4 Pp) der Deutschen und 23% (-1 Pp) der Europäer sprechen sich dafür aus, vor allem den **CO₂-Ausstoß im Verkehrsbereich zu reduzieren.**

... die Industriepolitik:

46% (-1 Pp) der Deutschen sind der Meinung, dass die Europäische Union sich vor allem auf die Möglichkeiten der sogenannten ‚**grünen Wirtschaft**‘ konzentrieren sollte. Damit sind verschiedene Umwelttechnologien, aber auch Recycling und erneuerbare Energien gemeint. Europaweit sehen die Befragten die Sache etwas anders. Für 35% (-1 Pp) wäre es wichtiger, die Bestimmungen zu ändern, um die **Gründung und Führung eines Unternehmens zu erleichtern**, insbesondere von kleinen und mittleren Unternehmen. Dieser Ansicht sind immerhin auch 29% (-5 Pp) der befragten Deutschen. Die Förderung der ‚grünen Wirtschaft‘ steht dagegen nur für 31% (-2 Pp) der Europäer ganz oben.

18% der Deutschen (+3 Pp) und 28% (+3 Pp) der Europäer finden, dass die EU sich darauf konzentrieren sollte, **Industriezweige, die sich in Schwierigkeiten befinden, umzustrukturieren.**

...berufliche Qualifikation:

Europaweit sind sich die Befragten bewusst, dass nur lebenslanges Lernen die Chancen auf gute Arbeitsplätze erhält. Deshalb wollen Deutsche (51%, +3 Pp) wie Europäer (42%, +/-0 Pp), dass die Europäische Union **Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten für alle Menschen im erwerbsfähigen Alter fördert.**

Für 32% (-2 Pp) der Deutschen und 36% (+/-0 Pp) der Europäer sollte das Hauptaugenmerk der Europäischen Union darauf liegen, Menschen bei der **Anpassung an neue Arbeitsbedingungen und mögliche berufliche Veränderungen zu unterstützen.**

Die **Freizügigkeit innerhalb der EU** scheint für die große Mehrheit der Befragten selbstverständlich oder nicht entscheidend zu sein, denn nur 13% (-3 Pp) der Deutschen und 18% (+/-0 Pp) der Europäer glauben, dass sich die EU vor allem um dieses Recht kümmern sollte.

...Armut:

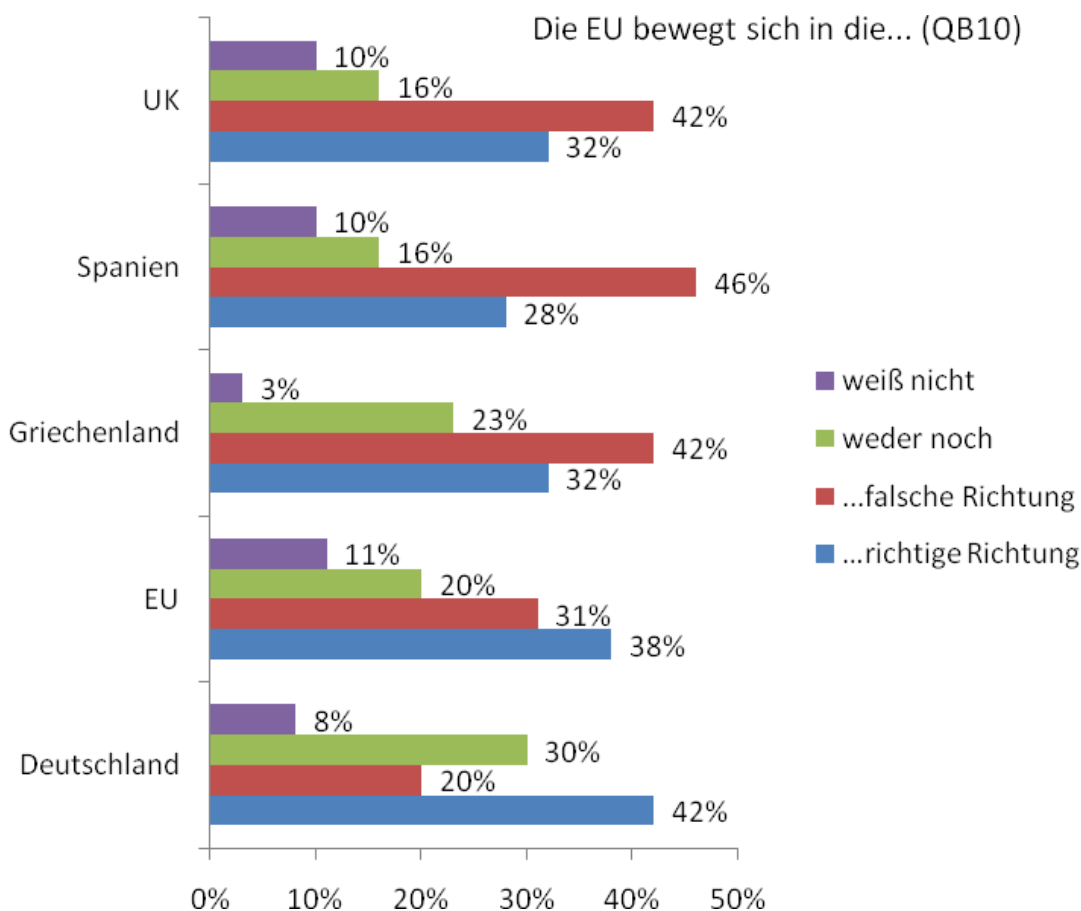
Die direkte Armutsbekämpfung gehört nicht zu den Aufgaben der Europäischen Union. Nichtsdestotrotz kann die EU indirekt viel bewirken. Die meisten der befragten Deutschen 41% (-4 Pp) und Europäer (40%, +/-0 Pp) erwarten von der EU allerdings Maßnahmen, die nach wie vor allem in den Souveränitätsbereich der Mitgliedstaaten gehören, nämlich die Zukunftsfähigkeit der sozialen Sicherungs- und Rentensysteme und den verbesserten Zugang zu Gesundheitssystemen zu gewährleisten.

31% (+3 Pp) der Deutschen und ebenfalls 31% (+/-0 Pp) der Europäer hielten es für am besten, wenn die EU **innovative Bildungs-, Ausbildungs- und**

Beschäftigungsmöglichkeiten für diejenigen bereitstellt, die am stärksten gefährdet sind, während immerhin ein Viertel der Deutschen (25%, +/-0 Pp) wie Europäer (25%, +/-0 Pp) Maßnahmen in einem Bereich einfordern, der tatsächlich zu den Kompetenzen der EU gehört: Sie wollen, dass die EU **Diskriminierung bekämpft und Risikogruppen hilft** (z.B. alleinerziehende Eltern, ältere Frauen, Minderheiten, Roma, Menschen mit Behinderung und Obdachlose).

4. Bewegt sich die EU in die richtige Richtung?

Nach wie vor glaubt eine relative Mehrheit der Befragten in Deutschland (42%, -5 Pp) und Europa (38%, -8 Pp), dass sich die EU in den oben angesprochenen Bereichen in die richtige Richtung bewegt. Vor allem im europäischen Durchschnitt ist allerdings die Zahl derer, die glauben, dass die Politik der Europäischen Union sie ihren eigenen Zielen nicht näher bringt, stark gestiegen (31%, +8 Pp). Vor allem in Griechenland (42%, -1 Pp), Spanien (46%, +16 Pp) und in Großbritannien (42%, +15 Pp) glauben die Befragten nicht, dass die Maßnahmen der Europäischen Union das erreichen werden, was sie erreichen sollen.⁵



⁵ Die Trendergebnisse dieser Frage beziehen sich auf den Standard Eurobarometer 75 (EB75) vom August 2011, abzurufen unter: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb75/eb75_fact_de_en.pdf. Von diesem Eurobarometer liegt kein gesonderter nationaler Bericht für Deutschland vor.

5. Informationen über die EU

Informationsgrad bezüglich Europa

Weder Deutsche (23%, -2 Pp) noch Europäer (24%, +/-0 Pp) glauben, dass ihre Landleute besonders viel über die EU wissen. Aber auch sich selbst halten nur 36% (-6 Pp) der Deutschen und 33% (+1 Pp) der Europäer für gut informiert. Europaweit glauben vor allem Finnen (47%, +5 Pp) und Luxemburger (52%, +4 Pp), dass sie ausreichend Bescheid wüssten. In Deutschland glauben das deutlich mehr Männer (45%) als Frauen (28%), ebenso Selbständige (45%) und Manager (54%), während Arbeiter (25%), Arbeitslose (24%) und Befragte, die im Haushalt arbeiten (20%), sich selbst für nicht besonders gut informiert halten.⁶

Mediennutzungsgrad und Informationsquellen

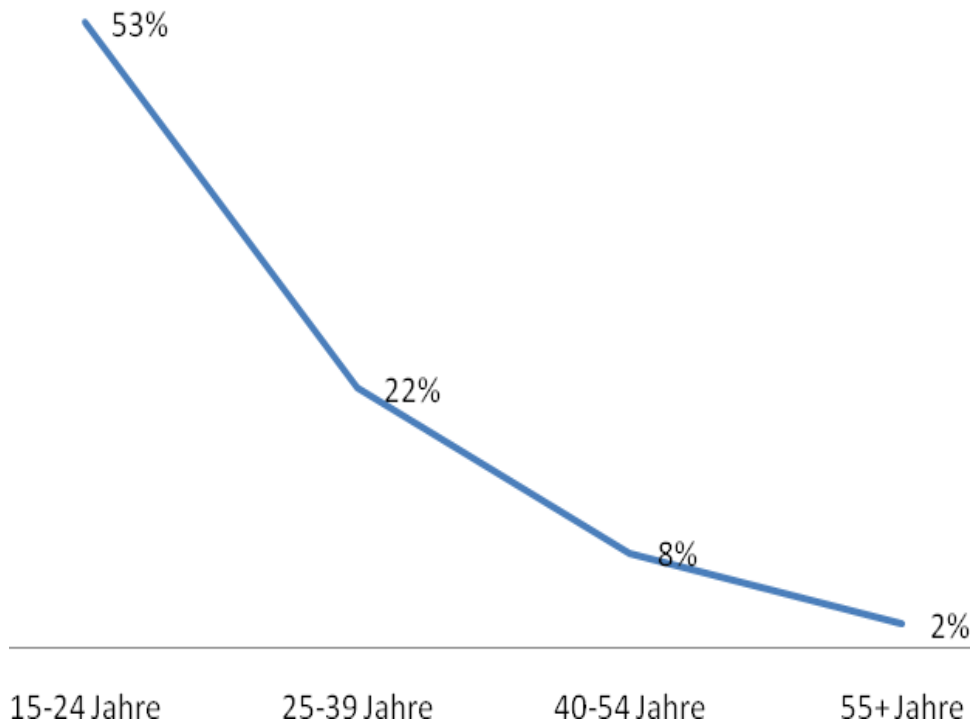
87% (+3 Pp) der Deutschen und 87% (+2 Pp) der Europäer **sehen täglich fern**. 71% (-3 Pp) der Deutschen und 51% (-5 Pp) der Europäer **hören täglich Radio**. 64% (+/-0 Pp) der Deutschen, aber nur 36% (-2 Pp) der Europäer **lesen täglich die Zeitung**. In Deutschland ist die tägliche Zeitungslektüre dabei stark abhängig vom Alter der Befragten. Je jünger, desto weniger Zeitungslektüre: In der Altersgruppe von 15 bis 24 Jahren geben 36% an, die Zeitung täglich zu lesen, bei den 25- bis 39-Jährigen sind es 50%, bei den 40- bis 54-Jährigen 66% und bei den über 55-Jährigen lesen 79% täglich die Zeitung.

Das **Internet** nutzen 47% (+4 Pp) der Deutschen und 48% (+3 Pp) der Europäer jeden Tag. Hier hängt der Nutzungsgrad ebenfalls stark vom Alter ab, allerdings umgekehrt im Vergleich zur täglichen Zeitungslektüre: die jüngsten Befragten (15-24 Jahre) nutzen zu 81% täglich das Internet, die Befragten im Alter von 25 bis 39 Jahren zu 66%, die Befragten zwischen 40 und 54 Jahren zu 53% und bei denjenigen, die über 55 Jahre alt sind, bezieht nur noch knapp jeder Fünfte seine Informationen täglich aus dem Internet (23%).

Über sogenannte **soziale Netzwerke** im Internet wie Facebook u.a. informiert sich bislang nur eine Minderheit der Befragten in Deutschland (14%, +2 Pp) und Europa (20%, +2 Pp). Hier spielt das Alter eine noch stärkere Rolle. Während bei den jüngsten Befragten (15-24 Jahre) 53% täglich ein soziales Netzwerk im Internet besuchen, tun dies von den 25-39-Jährigen nur 22%, von den 40- bis 54-Jährigen 8% und von den über 55jährigen 2%.

⁶ Die Trendergebnisse ab dieser Frage beziehen sich auf den Standard Eurobarometer 74 (EB74) vom Februar 2011, abzurufen unter: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb74/eb74_de_de_nat.pdf

Tägliche Nutzung von sozialen Onlinenetzen nach Altersgruppen / Deutschland (QD3.6)



Die Rolle des Internets bei der Informationsbeschaffung

Das Internet wird von den befragten Deutschen und Europäern immer mehr genutzt, um sich über die **Politik ihres eigenen Landes zu informieren**. Bislang stehen die **traditionellen Medien mit ihren Onlineangeboten im Vordergrund**: 70% der Deutschen und ebenfalls 70% der Europäer greifen auf diese Angebote zurück. Ebenfalls genutzt werden **Webseiten von öffentlichen Institutionen** wie z.B. Regierung Webseiten. 32% der Deutschen und 24% der Europäer greifen darauf zurück. Von den **internettypischen Formaten** spielen vor allem **soziale Netzwerke** für 29% der Deutschen und 20% der Europäer eine Rolle. In Deutschland (40%) und Europa (29%) sind es vor allem die Befragten unter 25 Jahren, die dieses Format nutzen. **Blogs** (DE: 10%, EU: 10%) und **Videoportale** (DE: 7%, EU: 7%) spielen bei der Informationsbeschaffung im Internet bislang nur **eine untergeordnete Rolle**.

Informationen über politische Fragen in der Europäischen Union entnehmen die Befragten mehr oder weniger aus denselben Quellen. 63% der Deutschen und 72% der Europäer nutzen die Onlineangebote der Medien, während 35% der Deutschen und 34% der Europäer Webseiten der Europäischen Union lesen. Soziale Netzwerke im Internet spielen für 26% der Deutschen und 19% der Europäer eine Rolle. Blogs (DE: 11, EU: 9%) und Videoportale (DE: 9%, EU: 6%) werden nur von einigen der Befragten genutzt.

Webseiten von offiziellen nationalen oder europäischen Institutionen vertrauen 32% der Deutschen und 38% der Europäer mehr als anderen Webseiten. Allerdings machen fast ein Drittel der befragten Deutschen (30%) und 22% der Europäer keinen Unterschied zwischen offiziellen und anderen Webseiten, wenn es um das Vertrauen in die Inhalte geht.

Informationsquellen über europäische Politik und Institutionen

Das Fernsehen ist für Deutsche (62%) wie Europäer (57%) **erste Wahl, wenn es um Informationen über europäische Politik und Institutionen geht**, gefolgt von der **Tageszeitung** (DE:52%, EU:33%). Schon an dritter Stelle folgt das **Internet** (DE: 31%, EU: 30%), dann das Radio (DE: 29%, EU: 22%). In der Gruppe der jüngsten Befragten in Deutschland (unter 25 Jahre) steht allerdings das Internet als Medium für Informationen über die EU mit 52% ganz oben, ebenso in Europa insgesamt (48%).

Bewertung der Informationsdichte europäischer Nachrichten

64% (+6 Pp) der Deutschen und 54% (+4 Pp) der Europäer finden, dass im **Fernsehen genügend über Europa** berichtet wird. 66% (+4 Pp) der Deutschen und 55% (+/-0 Pp) halten die **Berichterstattung über die EU im Fernsehen für objektiv und ausgewogen**.

Auch im **Radio kommt die EU ausreichend** oft vor, finden 55% (+6 Pp) der Deutschen und 48% (+5 Pp) der Europäer, als objektiv empfinden 63% (+3 Pp) der Deutschen und 53% (+/-0 Pp) der Europäer die Berichte.

Noch zufriedener, was den Umfang der Berichterstattung über die EU angeht, sind die Deutschen (70%, +3 Pp) mit der Presse. Im europäischen Durchschnitt können das 55% (+2 Pp) von sich behaupten. 64% (+2 Pp) der Deutschen und 52% (+/-0 Pp) der Europäer **bescheinigen der Presse eine objektive Berichterstattung**.

Auf deutschsprachigen Webseiten ist der Umfang der Berichterstattung über die Europäische Union ausreichend, finden 42% (-2 Pp) der Deutschen. Allerdings gibt jeder zweite Deutsche (49%, +4 Pp) zu, diese Frage nicht beurteilen zu können. Europaweit sind 41% (+3 Pp) der Meinung, auf den entsprechenden Webseiten ihres Landes würde genügend über Europa berichtet, aber 42% (-2 Pp) geben an, diese Frage nicht beurteilen zu können. 35% (-2 Pp) der Deutschen und 38% (+/-0 Pp) der Europäer glauben, dass die EU auf den Webseiten ihres jeweiligen Landes objektiv dargestellt werden, allerdings geben auch hier die meisten der Befragten an, es nicht wirklich beurteilen zu können (DE: 56%, +3 Pp, EU: 49%, -1 Pp).

Wo Informationen über die EU zu finden sein sollten

Deutsche (38%) wie Europäer (37%) wollen Nachrichten über die EU und europäische politische Fragen **vor allem auf Webseiten von Zeitungen, Nachrichtenmagazinen** und anderen Onlineangeboten der Medien lesen. 32% der Deutschen und 28% der Europäer insgesamt finden es wichtig, **direkt von der EU und ihren Institutionen durch deren Internetseiten informiert zu werden**. In

sozialen OnlineNetzwerken dagegen erwarten nur wenige Deutsche (12%) und Europäer (9%), über europäische Politik informiert zu werden. Ähnlich sieht es für andere Formate aus: Obwohl gerade Blogs ein Beispiel sind, wie im Internet politische Informationen verbreitet und diskutiert werden können, sind sie trotzdem nach Meinung der Deutschen (5%) und Europäer (5%) kein Ort, an dem sie politische Nachrichten zu Europa erwarten würden. Auch Videoportale spielen in dieser Hinsicht weder für Deutsche (4%) noch Europäer (3%) eine Rolle.

Die Rolle sozialer Netzwerke

41% (+1 Pp) der Deutschen und 47% (+5 Pp) der Europäer sind der Meinung, dass **Soziale Netzwerke im Internet, Blogs und Videoportale** eine moderne Möglichkeit sind, in politischen Fragen auf dem Laufenden zu bleiben. Gleichzeitig glauben 36% (+4 Pp) der Deutschen und 40% (+3 Pp) der Europäer, dass diese Medien **prinzipiell nicht vertrauenswürdig sind**. Eine relative Mehrheit der Deutschen (40%, -4 Pp) und immerhin 34% (-6 Pp) der Europäer insgesamt wissen allerdings zu wenig darüber, um sich eine Meinung bilden zu können.

Dass **soziale Netzwerke** im Internet bei Menschen das **Interesse für politische Angelegenheiten** wecken können, glauben 40% (+1 Pp) der Deutschen und 47% (+8 Pp) der Europäer.

Dass **soziale Netzwerke** im Internet eine **gute Möglichkeit bieten, bei politischen Themen mitreden zu können**, finden 38% (+1 Pp) der Deutschen und 47% (+6 Pp) der Europäer.